



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

**Archiv**  
 des Vorstandes der Sozialdemokratischen  
 Partei Deutschlands, Bonn  
**18. MAI 1961**

P/EVI/126 - 8. Juni 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
 Fernsprecher 2 18 31-33  
 Fernschreiber 0 886 890

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
	<u>Zusammenspiel</u>	50
	Rechts hofft auf links, links hofft auf rechts	
2 - 3	<u>Die Chancen sind zu ungleich</u> Mehr Wohnungen für junge Familien Von Margarete Berger-Reise, K&D	75
3	<u>Glosse:</u>  <u>"Eigentümlich"</u>	20
4	<u>Preise und Aufwertung</u> Erhards optimistische Bundesbank mit Abstrichen	45
5	<u>Verständnis für den Bundeskanzler</u> Nach der Fernseh-Diskussion mit Willy Brandt	28
5	<u>Interessantes Ergebnis einer Meinungsumfrage</u> Popularitätskurve der SPD um vier Punkte gestiegen CDU nur einen Punkt	11
6 - 7	<u>Folgeschwere Fehler</u> Die Ursachen der kommunistischen Wahlerfolge in Italien Von unseren Korrespondenten in Rom, Franco Maguani	83

\* \* \* \*

Zusammenspiel

ler - Die deutschen Kommunisten, schrieb Ende der zwanziger Jahre eine grosse Berliner Zeitung, der deutschen Rechten nahe- stehend, haben eine nützliche Funktion zu erfüllen, sie wirken als Pfahl im Fleische der deutschen Sozialdemokratie. Diese treffende Kennzeichnung der Rolle der deutschen Kommunisten in der deutschen Politik hat nichts von ihrer Aktualität verloren, sie trifft auch heute noch zu. So gesehen sind sich die Kommunisten trotz aller Wechselfälle der Geschichte selbst treu geblieben. Für sie ist die Sozialdemokratie der Hauptfeind. Dort, wo Kommunisten regieren, sind Sozialdemokraten zum Schweigen verurteilt, sitzen als "Staats- Feinde und Klassenverräter" in den Kerkern.

Aber auch ein anderes Phänomen aus der Weimarer Republik ist zu registrieren: Das Zusammenspiel zwischen der deutschen Rechten und den deutschen Kommunisten. Es führte zum Sturz der Weimarer De- mokratie und öffnete den Weg für den grössten Zusammenbruch in der deutschen Geschichte, Rechts- und Linksradikalismus hatten sich ge- meinsam gefunden in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, jener Par- tei also, die zu den stärksten Trägern der Demokratie zählt.

Die Geschichte wiederholt sich nicht, doch gewisse Parallelen lassen sich auch auf die Gegenwart übertragen. In der Bundesrepublik sind die Kommunisten verboten, in Mitteldeutschland sind sie, dank fremder Gnade und auf fremden Bajonetten sitzend, an der Macht. In der Bundesrepublik herrscht heute eine Partei, bei der schon der Gedanke, sie könnte eines Tages aus der Stellung einer allmächtigen Regierungspartei verdrängt werden, Entsetzen auslöst. Sie duldet zwar die demokratische Opposition, spricht ihr gelegentlich sogar eine nützliche Bedeutung zu, aber sie möchte diese Opposition ewig von der Regierungsverantwortung fernhalten. Sie, die allmächtige Regierungspartei, kann sich einen in demokratischen Ländern selbst- verständlichen Vorgang, wie er ein Wechsel der Regierung ist, nicht vorstellen, sie betrachtet Partei und Staat als eine Einheit, an der nicht gerüttelt werden soll. Deshalb mobilisiert sie alle Kräfte, um die Sozialdemokratie aus dem Staate am liebsten hinauszudrängen. Sie sät Misstrauen, spricht dieser Partei die demokratische Fähig- keit zur Übernahme der Regierungsverantwortung ab; sie sieht, wie die deutsche Rechte in der Weimarer Zeit, ihren Hauptfeind in der Sozialdemokratie und trifft sich damit mit den deutschen Kommunisten, denen nichts lieber sein kann, als eine geschwächte, misskreditierte Sozialdemokratie.

Ein Deutschland ohne Sozialdemokratie wäre eine leichte Beute für den Weltkommunismus, wäre die beste Sicherung einer Dauerherr- schaft Pankows - diesem Ziel ist auch die gegenwärtige kommunistische Taktik untergeordnet. Die deutschen Statthalter Moskaus sehen lieber Strauss an der Bonner Spitze als den Regierenden von Berlin. Sein Sieg wäre eine Aktivierung der deutschen Demokratie nach innen und aussen, gäbe allen freiheitlichen Strömungen mächtigen Auftrieb.

Die allmächtige Regierungspartei in Bonn und die Herren von Ost- berlin wollen dies verhindern. Dieses unheilige Zusammenspiel gibt dem Bundestagswahlkampf das bestimmende Gepräge. Rechts hofft auf links, links hofft auf rechts.

### Die Chancen sind zu ungleich

Von Margarete Berger-Heise, MdB.

Der nach dem zweiten Weltkrieg geförderte Wohnungsbau in der Bundesrepublik hat einige Bevölkerungsgruppen bevorzugt mit Wohnungen versorgt, damit aber notwendigerweise andere Wohnungssuchende benachteiligt. So gerecht es damals war, zuerst den ehemaligen politischen Häftlingen, den aus der Gefangenschaft kommenden Heimkehrern, den zwangsweise Ausgesiedelten und den in Wessenhütten hausenden Ausgebombten zu einem Heim zu verhelfen, so wenig zumutbar ist es heute, andere Wohnungssuchende, zum Beispiel die jungen Familien, an die letzte Stelle in der Reihe zu verweisen.

Die Klagen über die ungleichen Chancen sind allerdings in den Ländern der Bundesrepublik lauter als im Lande Berlin mit seiner überaus grossen Anzahl neuerstellter Mietwohnungen. Die vom Bundeswohnungsbauminister an die Länder gegebenen Mittel sind immer nur der kleinere Teil der zum Bau einer Wohnung benötigten Kosten und müssen durch Mittel der Länder aufgestockt werden. Je mehr Bundes-"Töpfchen" nur für Evakuierte, für Bergarbeiter, für Stahlarbeiter, für Facharbeiter im Zonenrandgebiet, für Flüchtlinge, für Lastenausgleichsberechtigte und andere geschaffen wurden, um so mehr mussten die Länder aus ihren Etats beisteuern und um so weniger blieb übrig für den Normalbürger ohne Vorrang. Verständlich ist, dass die Länder auf die Sondermittel des Bundes nicht verzichten wollen: Sie bauen für den von Bund vorgesehene Personenkreis so viele Wohnungen wie nur möglich in der stillen Hoffnung, dass davon auch der Normalverbraucher auf dem Wege des Tauschs oder der Abtretung von Altbauwohnungen profitiert.

Die 420 Millionen DM, die der Bund in diesem Jahr ausserhalb der Sonderprogramme für den Sozialen Wohnungsbau noch an die Länder verteilt - sie werden in jedem Jahr um 70 Millionen gekürzt -, können allerdings auch nicht voll für den Mietwohnungsbau eingesetzt werden, denn etwa 300 Millionen DM müssen vorab als Prämien an die Bausparer ausgezahlt werden, und ausserdem hat die Finanzierung von Eigenheimen noch den Vorrang. Infolgedessen bleibt die Wohnungsnot für grosse Bevölkerungskreise weiterhin bestehen.

### Das "Töpfchen"system

Die CDU-Regierung hält ihr "Töpfchen"system für gerechtfertigt, weil sie sich die über 500 000 von den Ländern und Gemeinden je Jahr erstellten Wohnungen - davon etwa 300 000 im Sozialen Wohnungsbau - als ihr Verdienst anrechnet. Die Verwaltung aber hat sich inzwischen an dieses System gewöhnt. So unzulänglich diese Aufspaltung ist, besteht doch wenig Aussicht für die opponierende Fraktion, am Schluss einer Legislaturperiode darauf noch etwas ändern zu können.

Bis heute verweist der Staat junge Ehepaare, die eine Wohnung brauchen, auf das Bausparen für ein Eigenheim und gewährt ihnen einen Zuschuss. In ländlichen Gebieten kann das sinnvoll sein, wenn nämlich vom Besitz der Eltern oder Schwiegereltern Baugrund zur Verfügung gestellt wird und Selbsthilfe beim Bauen die Kosten verringert. Das durch den Arbeitsplatz an die Großstadt gebundene Ehepaar hingegen kann aber nur in seltenen Ausnahmefällen einen Bauplatz an Stadtrand besetzen, und noch seltener kann es so schnell sparen, wie die Baupreise steigen. Gegenüber dem Vorjahr kostet der Bau eines Hauses heute 8 Prozent mehr. Bei den bisherigen Etatberatungen und während

8. Juni 1961

der Beratungen zum zweiten Wohnungsbaugesetz hatte die Fraktion der CDU/CSU alle Anträge der SPD, auch Bundesmittel für den Mietwohnungsbau für junge Familien zu geben, abgelehnt, jetzt, kurz vor den Wahlen, sieht es freilich ganz anders aus.

Zur Verbesserung der Wohnungsversorgung für junge Familien und für Familien mit geringem Einkommen hat die Fraktion der SPD ein Mehrjahresprogramm erarbeitet, nach dem hierfür jährlich 50 Millionen DM vom Bund an die Länder verteilt werden sollen. Der Antrag hat bereits die erste Lesung im Plenum des Bundestages passiert und liegt dem Wohnungsausschuss zur Beratung vor. Schnell hat daraufhin die CDU/CSU ihrerseits dem Plenum einen Verlegenheitsantrag vorgelegt. Dieser erteilt dem Wohnungsbauminister die Bindungsermächtigung über einmalig 30 Millionen DM, die für niedrig verzinsliche Darlehen zugunsten unzulänglich untergebrachter Ehepaare im öffentlich geförderten oder steuerbegünstigten Wohnungsbau vorgesehen sind. Um diesen Antrag schneller verabschieden zu können, als den der SPD, liess die CDU/CSU ihn gegen alle demokratischen Gepflogenheiten nicht einmal vom Wohnungsausschuss beraten, sondern nur dem Haushaltsausschuss überweisen.

Trotzdem ist es erfreulich, dass der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion bei der Regierungsmehrheit eine Initiative ausgelöst hat und endlich etwas - wenn auch nicht genug - für den Mietwohnungsbau zugunsten der jungen Familien getan werden kann.

Ziel einer sozialdemokratisch geführten Wohnungsbaupolitik wird es allerdings sein, die Art der Verwendung der öffentlichen Mittel den Ländern und Gemeinden selbst zu überlassen, damit sie nach ihrem Bedarf bauen können. Zugleich werden die Gelder der öffentlichen Hand so lange eingesetzt werden, bis wirklich die freie Konsumwahl für den Wohnungssuchenden möglich ist und jeder die für seine Familie passende Wohnung mieten kann.

+ + +

Glosse:

"Eigentümlich"

sp - Zur Bezeichnung des Eigentums kennt die deutsche Sprache auch den Begriff des "eigenen" oder auch des "eigentümlich sein", obwohl diese zweite Form der deutschen Ausdrucksvielfalt heute mehr im Duden als im üblichen Sprachgebrauch zu finden ist. So klingt es zweifellos etwas eigenartig, wenn das Bundesverteidigungsministerium in einer Anordnung zum Bekleidungs-Nachweis (Az. 80-06-02/18, April 1961) von "heeres-eigentümlicher Bekleidung und Ausrüstung" spricht. Doch ist die Anwendung dieses Begriffs hier innerhin verständlich und richtig, weil es sich eben um "heeres-eigene" Bekleidung und Ausrüstung handelt. In gleichen Ministerialblatt des Herrn Strauss ist eine Seite vorher in einer Weisung des Bundeswehr-Führungstabes zu Kraftfahrzeugangelegenheiten (Az. 44-02-55/4, Mai 1961) aber überraschenderweise von einem "bundeswehreeigentümlicher Farbton graugrün" die Rede. Das ist nun ein- fach zu viel des guten und platterdings falsch, denn auch der begeisterte Führungsoffizier des Bundesverteidigungsministeriums wird nicht ernsthaft behaupten und fordern können, dass der Farbton graugrün der Bundeswehr "eigentümlich" sei, also ihr "eigenet". Wenn der Bundesverteidigungsminister kürzlich im Bundestag öffentlich beklagte, dass ihm Offiziere mit Fingerspitzengefühl fehlten, so sollte er diese Klage jetzt doch auch auf das mangelnde Sprachgefühl ausdehnen.

+ + +

### Preise und Aufwertung

H.M.- "In den ersten drei Monaten dieses Jahres", so ist es unter dem Titel "Preise" im Lagebericht des Bundesministers für Wirtschaft zu lesen, "war die Preisentwicklung durch eine leicht ansteigende Tendenz gekennzeichnet". Es wird sogar zugegeben, dass vorwiegend die Verbraucherpreise "die nach oben gerichtete Bewegung im wesentlichen unvermindert" beibehalten. Das ist keine Überraschung. Erstaunt sein dürfte man lediglich über das unumwundene Zugeständnis, dass sich der Preistrend solcherart verhält.

Indessen hält das Wirtschaftsministerium für den Konsumenten ein "Trostpflasterchen" bereit. Es wird verkündet, dass in einigen Fällen der Einfluss der Aufwertung "sehr schnell sichtbar geworden sei, so zum Beispiel bei den Preisen ausländischer Kraftfahrzeuge und der in den ersten Apriltagen erfolgten Benzinpreiserhöhung".

Es bedeutet für Prof. Erhard ausgesprochenes Pech, dass gerade die Mineralölkonzerne entschieden dementiert haben, dass ihre Preisabschläge auch nur das Geringste mit der Aufwertung der D-Mark zu tun hätten. Jeder Tankstellenkunde - und in Wirtschaftsfragen mag er noch so unerfahren sein - weiss zwischenzeitlich, dass der starke Wettbewerbsdruck der sogenannten "freien Tankstellen" es ausschliesslich war, der den Rückzug der Konzernpreise erzwang. Die 5-prozentige Aufbesserung des D-Mark-Kurses hatte an dieser Entwicklung überhaupt keinen oder einen nur äusserst minimalen Anteil.

Kaum anders verhält es sich mit dem als Erfolg der Regierungspolitik ausgewiesenen Abgleiten der Preise für importierte Kraftfahrzeuge. Die Zurücknahme der Listenpreise resultiert fast ausschliesslich aus der verstärkten Konkurrenz der ausländischen Anbieter. Man will doch nicht ernstlich meinen, dass Preisabschläge von mehr als 1 000 DM, wie sie unlängst von den italienischen Alfa Romeo-Werken durchgeführt wurden, ein Effekt der Aufwertung sein könnten. Es kommt hinzu, dass die relativ hohen Zollsätze für die Einfuhr immer noch eine grössere Bedeutung haben, als dies von geringfügigen Veränderungen des Wechselkurses zu erwarten ist. Würde man die Zölle drastisch senken, so resultierte hieraus vielleicht ein wirklich messbarer Preisenkungs-Effekt.

Schliesslich scheint dem Bundeswirtschaftsministerium die erdachte Wirkung der Aufwertung selbst nicht "geheuer" zu sein. Denn etliche Zeilen später folgt das verschämte Eingeständnis: "Über die Wirkung der Aufwertung lässt sich jetzt noch kaum etwas sagen". Dies hört sich ungleich bescheidener an. Und was der Lagebericht des Ministeriums verschweigt, kann jeder aus eigener Anschauung und Erfahrung ergänzen: einen Einfluss der D-Mark-Aufwertung auf die inländischen Preise hat der Verbraucher nicht bemerkt. Es blieb alles beim alten. Und dort, wo Wechselkurs-Gewinne wirklich erzielt worden sind, war der Konsument nicht "mit von der Partie". Sie verschwanden in der Privatschatulle jener, die es seit Jahr und Tag verstehen, zum Nachteil und Schaden des Marktes ganz vorzüglich und vortrefflich zu leben.

### Verständnis für den Bundeskanzler

Nach der Fernseh-Diskussion mit Willy Brandt

50- Millionen Fernseh-Zuschauer werden jetzt verstehen, warum der 65-jährige Bundeskanzler nicht bereit ist, an einer Fernseh-Diskussion mit Journalisten teilzunehmen. Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin und Kanzlerkandidat der SPD, wich am Mittwochabend keiner der an ihn gerichteten harter Fragen der Journalisten aus. Er nahm -wie man in der Fachsprache sagt- jede Bemerkung seiner Gesprächspartner "auf die Hörner" und behielt auch dann seine Überlegenheit, wenn man ihn durch völlig deplacierte Andeutungen vom eigentlichen Thema ablenken wollte. - Jeder, der diese Sendung sah, ob Freund oder Gegner der Sozialdemokratie, wird gespürt haben, dass hier ein Mann Rede und Antwort steht, der die sachliche Aussprache liebt und schon dadurch zu erkennen gibt, wie ernst er den Begriff Demokratie nimmt.

In dieser Fernseh-Diskussion kam aber noch etwas anderes zum Ausdruck: Einige der Journalisten deuteten zwar ihre Zweifel an der Durchführbarkeit des sozialdemokratischen Regierungsprogramms an, vermieden es jedoch peinlichst, ihre Skepsis mit Zahlen zu rechtfertigen. Die nur vorsichtig angedeutete Kritik am Regierungsprogramm der SPD blieb im Anlauf stecken, sobald Willy Brandt seine Gesprächspartner sowohl auf Zahlen verwies wie auch die Gegenfrage aufwarf, ob die sozialdemokratischen Forderungen berechtigt sind oder nicht. Die Berechtigung der im Regierungsprogramm der SPD enthaltenen sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen wurden nicht bestritten.

Noch nie hat der derzeit antretende Bundeskanzler und Parteivorsitzende der CDU vor Millionen Zuhörern ein solch' offenes Gespräch geführt. Er weisse, warum Millionen Deutsche werden es jetzt auch wissen.

\* \* \*

### Interessantes Ergebnis einer Meinungsumfrage

Popularitätskurve der SPD um vier Punkte gestiegen -  
CDU nur einer Punkt

50- Das Ergebnis einer von Ende März bis Ende April dieses Jahres durchgeführten Meinungsumfrage (DIVO) zeigt den bedeutsamen Anstieg der Popularitätskurve der Sozialdemokratie von vier Punkten. Die CDU dagegen konnte in der gleichen Zeit nur um einen Punkt ansteigen. Die Popularitätskurve aller übrigen Parteien ist -insgesamt genommen- zurückgegangen. Besonders interessant ist jedoch, dass etwa ein Drittel der Befragten erklärten, sie hätten sich noch nicht für diese oder jene Partei entscheiden können. Ende April 1957, also ebenfalls vier Monate vor der damaligen Bundestagswahl, betrug der Anteil der Unentschiedenen nur ein Fünftel. Die übrigen Befragten hatten zu dieser Zeit bereits eine festgelegte Meinung.

\* \* \*

Folgerschwere Fehler

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Die Zunahme der christlich-demokratischen und kommunistischen Kräfte bei den letzten in 85 Gemeinden Italiens durchgeführten Wahlen hat die Parteien der demokratischen Mitte tief beunruhigt. Der Polarisations-Prozess der beiden bedeutendsten Kräfte Italiens - der Democrazia Cristiana und der kommunistischen Partei - hat sich in den letzten Jahren zugespitzt, und ist nicht - wie viele aufrechte Demokraten hofften - zurückgegangen.

Es ist heute noch schwierig zu sagen, ob der Stimmenrückgang der kleinen demokratischen Parteien allein auf die Unsicherheit in der politischen Linie der Mittelparteien zurückzuführen ist. Was aber die Politiker Italiens immer wieder überrascht, ist der kleine Schritt nach vorn, den die Kommunisten bei jeder Wahl machen, ob schon gerade jetzt wie vielleicht nie zuvor die italienischen Kommunisten ihre Politik einer scharfen Selbstkritik unterwerfen und in einem gewissen Sinne die Rede von einer "Krise des italienischen Kommunismus" nicht ganz unberechtigt ist. Es wird nun eifrig nach Gründen gesucht, die die Leute dazu treiben, kommunistisch zu stimmen, ganz besonders in jenen Gegenden, die bei weitem nicht zu den ärmsten des Landes gehören.

Dass eine ganze Reihe von Faktoren dabei eine Rolle spielen, erscheint jedem sofort klar: es gibt historische, politische, wirtschaftliche und religiöse Gründe dafür, doch sie alle erklären nicht genügend, weshalb in ganz bestimmten Gegenden - wie z.B. in der Po-Ebene - die Besserung des Lebensstandards Hand in Hand mit einer Beibehaltung der kommunistischen Kräfte oder sogar mit einem leichten Gewinn der Kommunistischen Partei geht. In der Tat hat man ersehen können, dass der Wohlstand allein die Meinung der Leute nicht zu ändern vermag.

Einen kritischen Augenblick für die Kommunistische Partei Italiens - wie derjenigen aller westlichen Länder überhaupt - stellte die Erstalinisierungsperiode dar. Zu diesem Zeitpunkt wies die Partei die grösste Schwäche auf und verlor viele prominente Anhänger, besonders unter den Intellektuellen. Die führende Schicht des Landes aber erwies sich als unfähig, diese Schwäche auszunutzen. Derjenigen, die die Macht in Händen hatten, entging es damals, dass man Berni, den Führer der Linkssocialisten, in seiner antikommunistischen Polemik hätte zu Hilfe eilen sollen, anstatt ihm dauernd seine langjährige pro-kommunistische Vergangenheit vorzuwerfen. Die Schwäche der KPI erhöhte die Möglichkeit einer demokratischen Entwicklung des Landes, was anscheinend aber den konservativen Kräften nicht passte.

So kann eigentlich behauptet werden, dass in einem gewissen Sinn die Kurzsichtigkeit der führenden Schicht für die Stärkung der KPI verantwortlich gemacht werden kann.

Der Wohlstand hat in Italien wohl zugenommen, ist aber durchaus nicht "verteilt". Ein jeder Tourist kann innerhalb kürzester Zeit sehen, wie der Luxus in Italien von einer privilegierten Schicht zur Schau getragen wird wie vielleicht nirgendwo in Europa. Dem gewöhnlichen italienischen Bürger scheint die Gesellschaft, in der er lebt, ungerecht, auch wenn es ihm vielleicht unvergleichlich besser geht als vor zehn Jahren. Die Meinung ist weit verbreitet, dass, wenn die KPI gestärkt werde, man diesen Zustand ein Ende setzen könne.

Die KPI ihrerseits passt sich in ihrer gewohnten geschickten Weise der Zeit an. Sie spricht seit langem nicht mehr allein von "wirtschaftlichen Forderungen", sondern führt auf manchen Gebieten einen Kampf, den die Liberalen vieler Länder unterzeichnen könnten. Sie tritt z.B. gegen die Zensur und für die Freiheit des Theaters und des Films auf, gegen die Korruption des öffentlichen Lebens, gegen den klerikalen Eingriff in die Staatsaffären, gegen die Unterdrückung der Skandale, in die hohe Persönlichkeiten verwickelt sind, gegen die wahrlich schändlichen Bauspekulationen, gegen die polizeiliche Willkür usw. Der Einwand, dass die Kommunisten - in jenen Ländern, in denen sie an der Macht sind - wahrlich nicht die Freiheit des Geistes gewährleisten (um nur eine zu nennen), hat wenig Erfolg. Ein Mitreisender antwortete uns diesbezüglich .... "ich bin Italiener und mir geht es vor allem darum, dass hier die Freiheit garantiert werde, dass hier die Korruptionsskandale nicht unterdrückt und die Bauspekulationen nicht zugelassen werden ... die Freiheit wird heute in Italien nicht von den Kommunisten gefährdet ..."

Diese Stellungnahme teilen wohl zahlreiche Italiener, die ihre Stimme den Kommunisten zugehen lassen, ohne eigentlich kommunistisch zu sein. Oft ist es kein positives Votum, sondern ein negatives: sie stimmen nicht für, sondern gegen etwas; gegen die Gesellschaft, deren Laster sie täglich sehen können. Dass die Intelligenzia in ihrer überwiegenden Mehrheit links, und sehr oft sogar extrem links steht, ist nicht zufällig. Oft gibt sie aus einer "moralischen Malaise" heraus derjenigen Partei die Stimme, die am meisten "alles von Grund auf zu ändern" verspricht. Es besteht kaum mehr Zweifel darüber, dass der Versuch von Seiten Tanonris - im letzten Sommer - die Faschisten zum Rang ehrwürdiger Partner zu erheben, die Reihen der Kommunisten gestärkt hat. Jeder Fehler, den die Demokratie begeht, trägt praktisch zum Stimmenzuwachs der Kommunistischen Partei bei.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel